

Wofür sich ehemalige DDR - Bürger schämen sollten

Es gab nicht das ganze Jahr über Bananen und Apfelsinen. Zugleich war die Bevölkerung gezwungen, auf Grund jahrzehntelang stabiler Preise für Grundnahrungsmittel und Waren des täglichen Bedarfs auf spannende Preisvergleiche zu verzichten.

Es gab viel zu wenig Autos. Die Menschen mußten sich 20 Pfennig vom Munde absparen, um mit Tram, Bus, S-Bahn oder U-Bahn zu fahren.

Die DDR war ein Unrechtsstaat. Sie besaß eine Institution, die sonst in keinem zivilisierten Land auf der Welt existiert: einen Geheimdienst. Der Akzent liegt auf dem Wort einen, hat doch jede vernünftige Demokratie – von Israel über die USA bis zur BRD – gleich mehrere davon.

Es gab keine Reisefreiheit. Kein Ein-Euro-Jobber (nicht mal einen vermochte man vorzuweisen) konnte – wie heute – problemlos drei- oder viermal im Jahr an die Südsee fliegen.

Post und Eisenbahn, Wasser- und Stromversorgung seit Ewigkeiten in Staatshand wurden um die Vorzüge der Privatisierung betrogen.

Man blockierte die freie Arbeitsplatzwahl, indem man eine Mauer errichtete, um im Osten ausgebildete Fachkräfte daran zu hindern, im Westen für die Kapitalisten tätig zu sein.

Weder Arbeitslose noch Obdachlose, weder Bettler noch hungernde Kinder sorgten für Abwechslung im Straßenbild.

Das Verhältnis zu Ausländern war ungesund gut. Den eigenen Leuten wurde einfach nicht gestattet, ihre nationale Überlegenheit auszuspielen.

Es mangelte an Gewaltverbrechern aller Art, weshalb in Kriminalfilmen nur langweilige „Normaldelikte“ gezeigt werden mußten.

Auch die Freiheit für Kinder und Heranwachsende war drastisch eingeschränkt. In bedauerlicherweise flächendeckend vorhandenen Krippen und Kindergärten wurden die Kleinen gezwungen, ihre Notdurft kollektiv zu verrichten.

Man vergällte Halbwüchsigen mit kostenlosen Zirkeln und Arbeitsgemeinschaften den Spaß an der Langeweile und am Herumlungern.

Es gebrach der DDR an der notwendigen Beschränkung der Frauen auf die bewährten drei Ks: Küche, Kirche, Kinder.

Die Gleichberechtigung wurde drastisch übertrieben. Es gab keine föderale Bildungsvielfalt, bei der jeder Bezirk (heute Bundesland) über ein eigenes Schulsystem verfügt. Da es an reichen Eltern fehlte, mußte auch auf Privatschulen verzichtet werden. Noch schlimmer: Kinder von Arbeitern und Bauern hatten sogar Vorteile bei der Platzvergabe.

Es bestanden nur kümmerliche drei Krankenkassen. Heute weiß man, daß Deutschland mindestens 250 Einrichtungen dieser Art mit entsprechenden Gebäuden, Vorständen, Aufsichtsräten und anderen Attributen braucht.

Zur Gartenpflege oder anderen persönlichen Aufgaben mußte man den gesamten „SVKUrlaub“ in Anspruch nehmen. Er stand jedem Arbeitenden zu und betrug sechs Wochen.

Ein Zwei- oder Drei-Klassen-Gesundheitswesen war leider völlig unbekannt.

Beim Arzt wurde kein Eintrittsgeld erhoben. Zuzahlungen für Medikamente oder Kostenerstattung bei Zahnersatz wurden den Bürgern verwehrt.

Besonders empörend war die flache Einkommenspyramide. Selbst ein Minister verdiente höchstens das Fünffache eines guten Facharbeiters. Und das bei wesentlich längerer Arbeitszeit. Er mußte 20 % Lohnsteuer abführen, während sie für einen Arbeiter nur 5 % betrug. Infolge der indiskutabel niedrigen Mieten – sie betrug maximal 10 % des Einkommens einer Familie – herrschte lange Zeit Wohnungsmangel. Die Möglichkeit, eine Luxusvilla in vorzüglicher Lage (und, versteht sich, zu entsprechendem Preis) zu erwerben oder zu beziehen, beschränkte der Unrechtsstaat auf Spitzenkünstler.

Die Bevölkerung wurde gezwungen, im Haushalt auf Wegwerfgeräte zu verzichten und statt dessen langlebige Industriegüter zu erwerben.

Knapp ein halbes Jahrhundert hinderte man deutsche Soldaten daran, im scharfen Einsatz und möglichst weit vom eigenen Land entfernt ihre kriegerischen Talente zu erproben.

Besonders verwerflich war die Teilnahme der DDR als unsichtbarer Dritter am Verhandlungstisch bei Tarifkonflikten in der alten Bundesrepublik.

Der deutsche Unrechtsstaat besaß – im Unterschied zum deutschen Rechts-Staat viel zu wenig Einwohner. Er stellte nur 5 % der Bevölkerung des „Ostblocks“ und nicht mal 0,03 % der Weltbevölkerung.

Als gravierendes Manko für die Demokratie erwies sich das völlige Fehlen von Listenwahlen. So konnte sich der Bürger nicht zwischender List der verschiedenen Listen frei entscheiden.

Besonders übel war die Einführung des berüchtigten Plebiszits, mit dem die neue Verfassung der DDR durch allgemeine Volksbefragung 1968 bestätigt wurde. In der BRD ist ein solcher Mißbrauch der Demokratie grundgesetzlich ausgeschlossen. Als größtes Defizit aber wirkte sich die Tatsache aus, daß man es nicht verstand, allen Bewohnern der DDR die hier geschilderten gravierenden Mißstände nachhaltig ins Bewußtsein zu heben.

Sich dafür zu entschuldigen, besteht jeglicher Anlaß.

Dr.-Ing. Peter Tichauer